blickpunkt TS

DAS MAGAZIN DER CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Ausgabe 1/2022

Jetzt läutet unsere Freiheitsglocke für die UKRAINE

„Ein neuer Ortskern für Lichtenrade“ – Alte Mälzerei eröffnet Seite 8

Doch kein neues Schwimmbad für Mariendorf Seite 9

Im Wenckebachklinikum gehen die Lichter aus Seite 14

MITENTSCHEIDEN STATT ZUGUCKEN?

JETZT MITGLIED WERDEN!

@jungeunionts @jungeunion_ts

JUNGE UNION TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Junge Union Tempelhof-Schöneberg, Rathausstraße 98, 12105 Berlin

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist Krieg in Europa. Jeden Tag erreichen uns furchtbare Bilder von verletzten und toten Frauen und Kindern, von zerbombten Wohngebäuden und Krankenhäusern. Der Angriffskrieg von Putin stellt die europäische Friedensordnung in Frage – es ist ein Krieg gegen die Demokratie, gegen unser aller Freiheit. Mehr und mehr Zivilisten werden Opfer – Kriegsverbrechen, die nicht ohne Antwort bleiben dürfen.

Scharfe Sanktionen gegen Russland und die Lieferung von Waffen an die Ukraine sind daher richtig und notwendig. Jetzt ist nicht Zeit für Opposition und parteipolitisches Klein-Klein, sondern für ein starkes und geschlossenes Auftreten gegenüber Putin. Als Abgeordneter der CDU/CSU unterstütze ich daher die Bundesregierung in ihrem Kurs.

Dennoch: Aus meiner Sicht müssen wir mehr tun, um die Ukrainer in ihrem heldenhaften Kampf für ihre Freiheit zu unterstützen. 700 Millionen Euro füllen die Kriegskasse von Putin aus dem Verkauf von Öl, Kohle und Gas - jeden Tag. Auch weil niemand den Konflikt militärisch eskalieren und auf die NATO ausweiten will, dürfen wir daher auch ein Energieembargo nicht ausschließen.

Stolz macht mich die überwältigende Hilfsbereitschaft, die den ukrainischen Kriegsflüchtlingen in Deutschland und auch bei uns in Tempelhof-Schöneberg widerfährt. Es sind insbesondere die unzähligen Ehrenamtlichen, die Geflüchtete aufnehmen, Spenden sammeln und zum Beispiel in der Anlaufstelle am Bahnhof Südkreuz helfen, denen ich danken möchte.

Gemeinsam mit meinen Kollegen aus dem Abgeordnetenhaus Roman Simon, Scott Körber und Christian Zander habe auch ich versucht, die Not in der Ukraine zu lindern. In unseren Bürgerbüros haben wir Spenden gesammelt, die unser Partner, das Marienfelder Unternehmen profine GmbH, direkt zu den Menschen in der Ukraine mit dem LKW bringt. Die Resonanz war riesig – die so dringend gebrauchten Spenden sind vor Ort dankbar entgegengenommen worden. Ich danke sehr herzlich allen, die sich daran beteiligt und damit gezeigt haben: Jeder kann einen kleinen Beitrag leisten, um die Menschen in der Ukraine zu unterstützen.

Dr. Jan-Marco Luczak, MdB
Kreisvorsitzender
CDU Tempelhof-Schöneberg

In dieser Ausgabe ...

Seite 6
Regierung lässt Familien nach Wegfall der KfW-Förderung im Regen stehen

Seite 9
Das Multifunktionsbad Mariendorf steht vor dem Aus

Seite 10
Eine Bilanz zum Start der 21. Wahlperiode in der BVV Tempelhof-Schöneberg

Seite 12
Im Gespräch mit Sport- und Schulstadtrat Tobias Dollase

Und auf einmal ist alles anders. Seit Beginn des Angriffskrieges von Putin kommen täglich tausende Menschen aus der Ukraine nach Berlin. Sie treibt der Wunsch nach Freiheit und Sicherheit. Viele von ihnen steigen am Bahnhof Südkreuz im Herzen von Tempelhof-Schöneberg aus. An der provisorischen Empfangsstelle auf dem Hildegard-Knef-Platz werden sie in Empfang genommen. Zeltplanen, Campingtische und leere Büroräume wurden dafür in Windeseile umfunktioniert. Die Herausforderungen sind riesig, die Hilfsbereitschaft überwältigend. Tag und Nacht sind Berlinerinnen und Berliner im Einsatz. Ohne privates Engagement wäre die Verpflegung und Unterbringung der Menschen in diesen Tagen nicht sichergestellt.

Bild: ©Johannes Rudschies

Schnelle Termine beim Bürgeramt sind kein Hexenwerk

Ein Kommentar von Matthias Steuckardt,

Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Soziales und Senioren in Tempelhof-Schöneberg

Bild: ©Tobias Koch

Aufgrund des öffentlichen Drucks möchte die Regierende Bürgermeisterin die Bürgerämter zur Chefinnensache erklären. Ihr Versprechen: Niemand soll länger als 14 Tage auf einen Termin warten müssen. Dabei könnte dieser Wunsch längst Realität sein.

Haben Sie in den letzten Monaten einen Termin mit Ihrem Bürgeramt vereinbart? Dann hatten Sie wohl viel Geduld oder etwas Glück. Der Terminmangel ist ein altbekanntes Problem und entwickelt sich zum Politikum. Für viele Menschen ist ein zeitnaher Termin im nächstgelegenen Bürgeramt ein Gradmesser für die Funktionalität der Verwaltung. Eine Kundenbefragung der Bürgerämter ergab: 89 Prozent wünschen sich einen Termin in Wohnortnähe. Gleichzeitig waren 48 Prozent der Befragten nicht in ihrem bevorzugten Bürgeramt. Insbesondere Senioren, Mobilitätseingeschränkte und Berufstätige stellt die Verlängerung eines Personalausweises vor enorme organisatorische Herausforderungen.

Hier ist es wichtig zu verstehen, dass die Bürgerämter im Gegensatz zu vielen anderen Verwaltungsabteilungen von der örtlichen Zuständigkeit ausgenommen sind. Ihre Dienstleistungen fallen unter die so genannte Allzuständigkeit – das heißt, die Bürger können unabhängig vom Wohnbezirk jedes der über 40 Bürgerämter in Berlin aufsuchen. Die Terminvergabe läuft dabei zentral über das Service-Portal des Landes sowie das Bürgertelefon 115. Was zunächst nach einer kundenorientierten Lösung klingt, entpuppt sich in der Praxis als Desaster. Termine sind über Monate ausgebucht, die Kunden müssen quer durch die Stadt fahren, um einen freien Termin zu ergattern, und der Unmut über die vermeintlich unfähige Verwaltung wächst.

Dabei wären einige Bezirke durchaus in der Lage, eine wohnortnahe Terminversorgung zu gewährleisten. Die Allzuständigkeit hindert sie jedoch daran. Im Januar 2022 boten die Bürgerämter in Tempelhof-Schöneberg 24.315 Termine an, fast 6.600 mehr als der Zweitplatzierte Lichtenberg und über 10.000 mehr als der Berliner Durchschnitt. Bezirke wie Tempelhof-Schöneberg, Reinickendorf oder Lichtenberg sind im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl gut aufgestellt. Zur Wahrheit gehört allerdings auch: Aufgrund der Allzuständigkeit setzen einige Bezirke den Rotstift gern bei ihren Bürgerämtern an, denn die Bürger können auf andere Bezirke ausweichen. Dies geht im konkreten Fall zu Lasten der Menschen in Tempelhof-Schöneberg, die länger auf einen Termin warten müssen.

Deshalb müssen die Bezirke in ihrer Eigenständigkeit gestärkt werden. Klare örtliche Zuständigkeiten schärfen das Verantwortungsbewusstsein der Bezirke für ihre Bürger und bedeuten eben auch, dass die Frage nach der eigenen Leistungsfähigkeit nicht auf den Senat abgeschoben werden kann.

Wenn Sie also die vollmundigen Versprechungen des Senats zur Terminvergabe der Bürgerämter hören, denken Sie daran – eine wohnortnahe Terminversorgung in Tempelhof-Schöneberg wäre längst möglich.

Ampel stoppt KfW-Förderung

Schlag gegen junge Familien und Klimaschutz

Bild: © Markus Schwarze/CDU

Das Jahr begann mit einem Paukenschlag: Völlig überraschend und ohne Vorankündigung stoppte Bundeswirtschaftsminister Habeck von den Grünen die KfW-Förderprogramme für energieeffizientes Sanieren und für Neubau. Tausende junge Familien standen nun im Regen, ihr Traum vom Eigenheim drohte ohne staatliche Förderung zu platzen: „Diese Entscheidung ist ein Schlag gegen junge Familien und den Klimaschutz und muss revidiert werden", kritisiert der baupolitische Sprecher der CDU/CSU Dr. Jan-Marco Luczak. Für Neubau und Sanierung brauche es verlässliche politische Rahmenbedingungen, die Ampel habe massiv Vertrauen zerstört.

Hintergrund des abrupten Stopps war, dass die Zahl der Anträge in den letzten Monaten enorm angestiegen war und die von der Ampel freigegebenen Haushaltsmittel deutlich überstieg. Die Bundesregierung war nicht bereit, mehr Mittel für die Förderung bereitzustellen. Bei der Union sorgt diese Entscheidung für Unverständnis, schließlich zielt die Förderung darauf ab, dass möglichst viele Gebäude energieeffizient gebaut oder saniert werden: „Die hohe Zahl der Anträge zeigt, dass dies gelungen ist.", so Luczak. Es sei nicht nachvollziehbar, Förderprogramme zu streichen, wenn sie besonders wirksam sind.

Nach dem Stopp brach ein Sturm der Entrüstung los: „Das ist nicht nur ein Schlag gegen die Eigentumsbildung, sondern konterkariert auch unsere Ziele für Klimaschutz und Neubau. Jetzt braucht es schnellstmöglich Planungssicherheit, was unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang künftig gefördert wird. Ansonsten kann und wird die Immobilienwirtschaft die notwendigen Kapazitäten nicht aufbauen, um die ehrgeizigen Ziele bei Neubau und Klimaschutz zu erreichen", kritisierte Luczak.

Und der öffentliche Druck zeigte Wirkung: Nur eine Woche nach dem abrupten Aus der Förderung knickte die Ampel ein und versprach weitere Mittel. Bislang habe sie dieses Versprechen allerdings nur teilweise eingelöst: „Beim Förderprogramm EH40 hat die Ampel die Fördersätze halbiert und das ganze Programm gedeckelt und befristet. Und das erfolgreiche EH55-Programm bleibt beim Neubau ausgeschlossen. Es klafft also weiterhin eine große Finanzierungslücke bei vielen Vorhaben. So wird das zerschlagene Vertrauen jedenfalls nicht wiederhergestellt", moniert der Bundestagsabgeordnete.

Hunderte Genossenschaften, Wohnungsunternehmen und Häuslebauer erwägen nun, den Bund zu verklagen. Grund sind versunkene Kosten in Millionenhöhe – Ausgaben, die Unternehmen bereits für die Planung neuer Wohnungen ausgegeben haben, deren Umsetzung ohne Fördermittel nicht möglich ist.

Fragen Sie Ihren Bundestagsabgeordneten

Herr Luczak, sind Sie für eine Impfpflicht?
Ja, aber erst dann, wenn wir sie brauchen. Für Omikron käme sie zu spät. Als Unionsfraktion wollen wir daher Vorsorge schaffen für die nächste Corona-Welle im Spätsommer oder Herbst.

Wie stellen Sie sich das vor?
Unser Entwurf sieht eine gestaffelte Impfpflicht vor. Wir führen sie nicht sofort ein, schaffen aber die Voraussetzungen dafür, beispielsweise mit einem Impfregister. Falls neue Virusvarianten es erforderlich machen, kann der Bundestag beschließen, dass gefährdete Gruppen innerhalb weniger Wochen geimpft werden.

Unter welchen Voraussetzungen soll sie vom Bundestag beschlossen werden?
Das hängt von mehreren Faktoren ab, wie der Überlastung systemrelevanter Infrastruktur, Hospitalisierungsrate, Ansteckungsrate und Todeszahlen, aber auch der Wirksamkeit verfügbarer Impfstoffe.

Auch aus den Reihen der Ampel wurden mehrere Vorschläge zur Impfpflicht vorgebracht. Warum lehnt die Union sie ab?
Die Ampel hat in der Frage der Impfpflicht keine eigene Mehrheit. Mit den fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen soll das kaschiert werden. Das ist ein eklatantes Führungsversagen von Olaf Scholz. Er steht in der Verantwortung, die unterschiedlichen Ansätze zusammenzuführen.

Fahrradstraße in Friedenau kommt ohne Bürgerbeteiligung

Grüne und SPD stoßen Anwohner vor den Kopf

Nach dem Willen von Grünen und SPD soll die Handjerystraße in Friedenau in eine Fahrradstraße umgewandelt werden – ohne die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Ein Affront gegen die vielen hundert Menschen, die unter Parkplatznot leiden und sich in einer Anwohnerumfrage für eine breite Bürgerbeteiligung ausgesprochen hatten.

Im Zuge der Umwandlung soll ein breiter Fahrradstreifen angelegt werden, der es ermöglicht, in beide Fahrtrichtungen und nebeneinander zu fahren. Dadurch entfallen zahlreiche PKW-Stellplätze auf einer Seite der Fahrbahn.

Trotz dieser einschneidenden Veränderungen will die rot-grüne Zählgemeinschaft im Bezirk die Umgestaltung durchführen, ohne die Menschen zu beteiligen. Das gehe so nicht, findet der Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak: „Der Wegfall von Parkplätzen betrifft die Menschen unmittelbar. Deswegen müssen sie mitgenommen und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden." Gemeinsam mit der Friedenauer CDU und seinem Kollegen aus dem Berliner Abgeordnetenhaus Roman Simon startete Luczak daher eine Anwohnerumfrage – mit großer Resonanz: Über 700 Menschen schrieben dem Bundestagsabgeordneten zurück, kritisierten, machten konstruktive Vorschläge. Rund 70 Prozent sprachen sich gegen den Wegfall von Parkplätzen aus, standen einer Fahrradstraße aber nicht generell ablehnend gegenüber.

Diese Bedenken griff auch die

CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung auf. Ihren Antrag, eine breit angelegte Bürgerbeteiligung durchzuführen, schmetterten SPD und Grünen jedoch ab. Luczak zeigt sich darüber irritiert: „Für uns als CDU ist klar, dass Radfahrer sich frei und sicher fortbewegen müssen, deswegen lehnen wir eine Fahrradstraße nicht ab. Das muss aber nicht einhergehen mit dem massiven Wegfall von Parkplätzen, hier hätte es andere Gestaltungsmöglichkeiten gegeben, die die berechtigten Interessen aller Verkehrsteilnehmer zusammenführen. Grüne und SPD meinen leider, es besser zu wissen als die Menschen vor Ort. Bürgernahe Politik geht anders."

Später Sieg der Gerechtigkeit

Neuer Prozess gegen freigesprochenen Mörder

Frederike von Möhlmann wurde 1981 vergewaltigt und ermordet. Der mutmaßliche Täter wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Strafprozessordnung erlaubte bislang eine Wiederaufnahme des Verfahrens nicht, obwohl spätere DNA-Spuren den Mann schwer belasteten. Seit Januar 2022 ist ein von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetztes Gesetz in Kraft, das in eng begrenzten Fällen ein Wiederaufrollen von Verfahren ermöglicht. Und es zeigt Wirkung: Der mutmaßliche Mörder der 17-jährigen Frederike wurde unter dringendem Tatverdacht erneut festgenommen.

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak zeigt sich als einer der Architekten des Gesetzes erleichtert: „Mit der Festnahme des mutmaßlichen Mörders von Frederike bahnt sich ein später Sieg der Gerechtigkeit an. Bei schwersten, unverjährbaren Straftaten wie Mord muss ein Prozess wieder aufgerollt werden können, wenn ein

Täter nachträglich aufgrund neuer Beweismittel mit hoher Wahrscheinlichkeit überführt werden könnte. Ein offensichtlich falscher Freispruch schafft keinen Rechtsfrieden. Es ist daher gerechtfertigt, die Rechtskraft eines Urteils unter engen Voraussetzungen zu durchbrechen, um dieses exzeptionelle Unrecht zu sühnen und materielle Gerechtigkeit wiederherzustellen."

Widerstand gegen das Gesetz regt sich hingegen beim Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP). Dieser bezweifelt dessen Verfassungsmäßigkeit und möchte es möglicherweise im Bundestag wieder kassieren. Ein Affront gegenüber den Angehörigen von Mordopfern, findet Luczak: „Die Regelung bewegt sich innerhalb der Logik und Systematik des bestehenden Rechts und damit auch der Verfassung, sie ist rechtsstaatlich unbedenklich. Wenn die Ampel Zweifel am Gesetz haben sollte, steht ihr der Weg zum Bundesverfassungsgericht mit einer abstrakten Normenkontrolle offen, um diese zu klären. Das Gesetz im Bundestag wieder aufzuheben, wäre hingegen nichts anderes als parteipolitisches Klein-Klein auf dem Rücken unseres Rechtsstaates."

„Ein neuer Ortskern für Lichtenrade“

Investor Thomas Bestgen über die Alte Mälzerei

Das Quartier „Alte Mälzerei“ im Herzen Lichtenrades wird von der UTB entwickelt.

Bilder: ©Bettina Leuemann

Herr Bestgen, die Alte Mälzerei wurde in der Hochphase von Corona fertiggestellt. Hat jetzt alles geöffnet?

Ja, die Alte Mälzerei Lichtenrade ist geöffnet, sogar unser neues Malzcafé. Zeitgleich beginnen wir mit der Baustelle für die vier Neubauten des Lichtenrader Reviers und so sind wir immer noch in einem Zwischenstadium. Die Mälzerei ist der erste Baustein eines ganzen Stadtquartiers, da braucht es noch Zeit und Geduld, bis alles fertig wird und zusammenwirken kann. Aber die Mälzerei selbst ist fertig.

Kindermuseum, Albert-Einstein Volkshochschule, Leo Kestenberg Musikschule, Edith-Stein Bibliothek, Suppenküche, Zentrum für Gesundheitssport - wie bringt man das alles unter ein Dach?

Wenn wir in die Quartiere gehen, versuchen wir herauszufinden, welchen Bedarf es gibt. Neben Wohnungsbau und Gewerbe blicken wir vor allem auf den sozialen und kulturellen Bereich. Das schaffen wir über Angebote an die Nachbarschaft. Die Mälzerei konnten wir zwischennutzen und Dinge ausprobieren. Frühzeitig sind wir auch mit der damaligen Stadträtin Jutta Kaddatz ins Gespräch gekommen, weil sie die Idee hatte, die überlaufene Jugendkunstschule in Nordtempelhof mit einer zweiten Schule im Süden zu entlasten. Am Ende wurde es die Volkshochschule, aber es ist ein bezirkliches Angebot geblieben. Das fügte sich gut ein, weil dadurch von Anfang an die Möglichkeit gegeben war, Dinge auszuprobieren und sie zusammenzuführen.

Ist so ein soziales Engagement in Ihrer Branche üblich?

Investor Thomas Bestgen

Das ist unterschiedlich. Es gibt sehr viele Projektentwickler, die den Blick auf die Stadt haben und sich am Gemeinwohl orientieren, z.B. Genossenschaften, kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Stiftungen und kirchliche Einrichtungen. Das ist schon weniger der Fall bei Projektentwicklern, die klassisches Bauträgergeschäft machen, da herrscht vor allem das Prinzip der Gewinnmaximierung.

Nach welchem Prinzip arbeitet denn Ihr Unternehmen, die UTB?

Alles, was wir machen, ist wirtschaftlich. Ich selber komme aus dem genossenschaftlichen Bankenbereich. Die Genossenschaftsstruktur steht dafür, dass Gelder akkumuliert werden, um sie für andere Bedarfe zur Verfügung zu stellen. Wir haben die Haltung entwickelt, überwiegend Projekte zum Selbstkostenpreis zu entwickeln. Dabei nehmen wir die Stadtgesellschaft in den Fokus und nicht das Bauträgergeschäft, wo versucht wird, exorbitant hohe Gewinnmargen zu erreichen. Die soziale Durchmischung ist von zentraler Bedeutung. Das ist wirtschaftlich und macht dazu noch Riesenspaß, denn in der Stadtgesellschaft steckt eine unheimliche Kompetenz.

Wie war das in Lichtenrade?

Hier haben wir herausragende Bürgerinitiativen vorgefunden, die sich zuvor für die Untertunnelung der Dresdner Bahn eingesetzt und die sich gegen den Abriss des Quartiers um die Alte Mälzerei gewehrt haben, da hier ein riesiges Einkaufszentrum entstehen sollte. Schwierigkeiten hatten wir eher beim Denkmalschutz, da habe ich viel dazulernen müssen.

Inwiefern?

Die Mitarbeiter des Denkmalschutzes sind dafür da, das Denkmal zu schützen und nicht dem Investor beim Umbau zu helfen, damit er am Ende einen Mietertrag bekommt. Und wenn ein Denkmal signifikant verändert wird, ist es eben kein Denkmal mehr. Dafür habe ich ein Verständnis entwickelt. Wir waren uns nicht immer einig, weil ich gesagt habe, dass es eben keine Mälzerei mehr gibt, wenn sie sich nicht verändert. Das Gebäude war ursprünglich dunkel und kalt, der Mensch mag es aber hell und warm. Um die Mälzerei nutzbar zu machen, mussten also Kompromisse gefunden werden. Blaues Auge, krummer Rücken – es war eine harte Zeit. Wir haben bei 8,7 Millionen Euro gestartet und am Ende waren es 22 Millionen. Das war schwierig. Ich glaube aber, alle sind jetzt ziemlich zufrieden, und wir sehen gerade den Beginn eines neuen Ortskerns in Lichtenrade.

Bild: © Alexander Schie

Mariendorf bleibt auf dem Trockenen

Zugesagter Bau des Multifunktionsbades Mariendorf ersatzlos gestrichen

Von Scott Körber MdA

Die Wasserflächen sind im Süden des Bezirks knapp. Das vorhandene Kombibad Mariendorf ist sanierungsbedürftig und droht, geschlossen zu werden. Ein neues Schwimmbad sollte Abhilfe schaffen und ursprünglich schon 2021 eröffnen. Noch im November 2021 meldeten die Berliner Bäder, die Finanzierung des Neubaus sei sichergestellt. Drei Monate später gilt das nicht mehr. Der sportpolitische Sprecher der CDU im Bezirk, Alexander Schie, spricht von einem „Wortbruch“.

Bereits 2014 einigte sich der damals regierende SPD/CDU – Senat neben vielen durchzuführenden Sanierungen auch auf den Neubau von zwei Multifunktionsbädern. Eines sollte in Pankow entstehen und ein weiteres in Mariendorf. 2015 wurden die Vorhaben der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Die Finanzierung wurde durch das „Sondervermögen Infrastruktur für die wachsende Stadt“ (SIWA) gesichert. Besonders der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU, Florian Graf, hatte sich für das Projekt stark gemacht.

Doch nun der große Knall: Im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Jahre 2022/23 verkündeten die Berliner Bäder, dass kein Geld mehr für den Bau des Multifunktionsbads Mariendorf übrig bliebe. Als Grund werden gestiegene Baukosten geltend gemacht. Schie kann das nicht so stehen lassen: „Dass sich die Berliner Bäderbetriebe und die Senatsverwaltung offenbar in Eigenregie gegen einen seit acht Jahren parteiübergreifend zugesagten Neubau entschieden haben, ist nicht hinnehmbar. Die Bürgerinnen und Bürger, die Vereine und die Schulen in unserem Bezirk haben sich auf die Zusage der Berliner Bäderbetriebe verlassen. Wo soll künftig Schulschwimmen oder Vereinssport stattfinden?“

Ebenfalls bemängelt werden in CDU-Kreisen Versäumnisse, die Grüne und SPD im Bezirk über die Jahre zu verantworten haben. So konnte die Bezirksverwaltung bis heute kein Baurecht vorlegen, dabei sollte das Bad zum jetzigen Zeitpunkt schon fertig sein.

Mit einem Dringlichkeitsantrag, dem in der Bezirksverordnetenversammlung alle Fraktionen außer der AfD zugestimmt haben, fordert die CDU vom Bezirksamt, sich bei Senat und Bäderbetrieben vehement dafür einzusetzen, dass an der Planung festgehalten wird und die erforderlichen zusätzlichen Mittel im Zuge der Haushaltsberatungen im Abgeordnetenhaus bereitgestellt werden. Der Fraktionsvorsitzende der CDU Tempelhof-Schöneberg, Daniel Dittmar, zeigt sich kämpferisch: „Mit dem erfolgreichen Dringlichkeitsantrag haben wir ein Zeichen gesetzt und einen wichtigen ersten Schritt zur Rettung des Schwimmbades unternommen. Jetzt gilt es, parteiübergreifend alle Kräfte zu bündeln, um den Neubau doch noch zu verwirklichen.“

Einen entsprechenden Antrag bringt die CDU nun auch im Abgeordnetenhaus ein. Darin wird der Senat aufgefordert, den Bebauungsplan „Multifunktionsbad Mariendorf“ an sich zu ziehen, zu vollenden und zügig ein Planungsrecht für das dringend benötigte Bad zu schaffen. Indes richtet Florian Graf als Vorsitzender des lokalen CDU-Ortsverbandes einen Appell an die regierende Bürgermeisterin: „Das neue Schwimmbad ist den Menschen vor Ort eine Herzensangelegenheit. Um weitere Verzögerungen zu vermeiden, muss das Vorhaben zur Chefinnensache erklärt werden. Ich bin mir sicher, dass die CDU als größte Oppositionspartei alle Bemühungen, den Neubau doch noch zu verwirklichen, konstruktiv unterstützen wird. Auf Landes- und Bezirksebene sowie als Ortsverband werden wir weiter für das Bad und die berechtigten Ansprüche der Menschen im Süden Berlins kämpfen.“

Beginn der 21. Wahlperiode der BVV Tempelhof-Schöneberg

Fehlstart für die grün-rote Zählgemeinschaft in unserem Bezirk!

Bild: ©Tobias Koch

Daniel Dittmar,
Vorsitzender der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg

Grüne und SPD im Bezirk bilden weitere fünf Jahre mit knapper Mehrheit eine Zählgemeinschaft in der Bezirksverordnetenversammlung. Wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen (grün-rot und nicht mehr rot-grün) lautet die Devise „Weiter so!" statt Neustart und Politikwechsel. Für die Menschen in Tempelhof-Schöneberg sind das keine guten Nachrichten, denn im Bezirk gibt es viel zu tun.

Größtes Problem der Bezirksverwaltung ist die aktuelle Personalsituation. Diese ist davon geprägt , jede Menge offener Stellen zu verwalten. Von den ca. 2.200 Stellen der Bezirksverwaltung ist nahezu jede 5. Stelle (rund 400 Stellen) unbesetzt. Konkret heißt das, dass wichtige Aufgaben nicht oder nur verzögert bzw. unter erheblicher Belastung der vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgesetzt werden können. Davon sind Bauvorhaben wie der inzwischen seit Jahrzehnten auf Erneuerung wartende Kabinentrakt in der Halker Zeile in Lichtenrade genauso betroffen wie die Pflege von Grünanlagen oder die Sanierung der seit Jahren gesperrten Marienhöhe. In dem von der grün-roten Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg beschlossenen Haushalt für die Jahre 2022/23 wird diese Situation geradezu zementiert. Das erste zentrale Projekt der neuen/alten Zählgemeinschaft erweist sich damit eindeutig als Fehlgriff. Fast durchgängig sind die vorgesehenen Stellen in den verschiedenen Ämtern nicht ausfinanziert. Das heißt, offene Stellen werden ganz bewusst eingeplant und selbst unter größtmöglicher Kraftanstrengung des Bezirksamts bei der Anwerbung von neuem Personal könnten diese noch nicht mal theoretisch alle real besetzt werden, da die benötigten Finanzmittel nicht einkalkuliert sind. Symptomatisch für die falsche Prioritätensetzung und strukturell verfehlte Zukunftsaufstellung des Bezirkshaushalts ist die Einführung eines neuen Beauftragten für „Gute Arbeit", der zum Stab des Bezirksbürgermeisters gehört. Zu den bereits vorhandenen üppigen zehn Beauftragten kommt nun ein weiterer hinzu, dessen Arbeit insgesamt 90.000 € für das Jahr 2023 kosten soll. Aus Sicht der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg ist vordringlich dafür zu sorgen, dass die erforderlichen Stellen der Bezirksverwaltung ausfinanziert und besetzt werden, um eine bestmöglich funktionierende, bürgerfreundliche Verwaltung aufzustellen – neue Stabsstellen und Mitarbeiter des Bezirksbürgermeisters gehören nicht dazu! Auch weil nicht erkennbar war, wie das Ziel einer bürgerfreundlichen Verwaltung mit diesen Rahmenbedingungen erreicht werden soll, hat die CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg dem Haushalt nicht zugestimmt.

Aus dem Bezirksparlament

Radverkehr in der Ebersstraße soll sicherer werden

In der Ebersstraße zwischen Albertstraße und der Teltow-Schule soll sich einiges tun. Mit Unterstützung der CDU hat die Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, den östlichen Gehweg – bislang nur ein Sandweg – zu asphaltieren.Doch die CDU möchte noch mehr erreichen: Auf Initiative der Bezirksverordneten Dr. Carsten Buchholz und Johannes Rudschies wurde das Bezirksamt im Februar beauftragt, einen Asphaltstreifen auf das Kopfsteinpflaster aufzubringen, damit die Straße für Radfahrer leichter zu benutzen ist. Wegen des sehr grob verlegten Pflasters nutzen viele Radfahrer bislang meist den Gehweg, was zu Konflikten mit den Anwohnern und Fußgängern führt.

Heinrich-von-Kleist-Park wird schöner

Der Heinrich-von-Kleist-Park an der Potsdamer Straße ist ein bedeutendes Gartendenkmal. Durch fehlende Bewässerung und Wildwuchs ist dies aber nur wenig erkennbar. Ab Herbst wird der Park saniert und in den Zustand versetzt, den er nach dem Krieg erhalten hat. Die gesamte Anlage kann dann auch bewässert werden. Neu wird ein Hundeauslauf sein, denn es gibt in Schöneberg nur eine legale Auslauffläche. Allerdings verlaufen die Planungen für Toiletten in der näheren Umgebung des Parks nur schleppend. Der CDU-Bezirksverordnete Carsten Buchholz möchte nun Bewegung in die Sache bringen und bittet das Bezirksamt um Klärung, welche Standorte hierfür in Frage kommen und wann mit einer Inbetriebnahme gerechnet werden kann.

Wo wird was im Bezirk gebaut?

Nach Plänen der Bezirksverwaltung sollte der jährliche Wohnungsneubaubericht, ein zentrales Instrument zur Information der Öffentlichkeit, eingestellt werden. Das konnte die CDU mit einem Antrag zur Fortführung des Berichts erfolgreich verhindern. Der Initiator des Antrags, Ralf Olschewski, zeigt sich zufrieden: "Wohnungsneubau ist eine der wichtigsten Aufgaben in unserem Bezirk. Warum gerade hierzu Informationen wegfallen sollten, bleibt für mich unklar. Künftig werden wieder die Baugenehmigungen, sowie die fertigen und ggf. geförderten Neubauwohnungen je Ortsteil veröffentlicht".

Welche Wertschätzung genießen im Bezirk die Partnerschaftsstädte?

"Keine", so der stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU Tempelhof-Schöneberg Ralf Olschewski: "Seit der Bezirksfusion 2001 ist an der öffentlichen Darstellung unserer nationalen und internationalen Partnerschaften nichts mehr geschehen. Die Folge sind verwahrloste oder unvollständige Beschilderungen und Hinweise im Bezirk, die der Verwaltung teilweise nicht einmal mehr bekannt waren." Nachdem Olschewski in den vergangenen fünf Jahren mit mehreren Anträgen und kleinen Anfragen das Thema aktuell gehalten hat, schien die Planung und die Finanzierung für eine Erneuerung der Schilder gesichert und sollte 2021 realisiert werden. Passiert ist trotzdem nichts. Darum hat die CDU mit einer großen Anfrage den Missstand öffentlich gemacht und der grün-roten Mehrheit im Bezirk eine unangenehme Diskussion aufgezwungen. Das Ergebnis: Am Rathaus Schöneberg und an weiteren wichtigen Standorten werden bis zum Sommer 2022 aktualisierte Hinweise auf Partnerschaftsstädte aufgestellt. Warum ist das wichtig? Die Schilder symbolisieren Partnerschaft und Solidarität auf kommunaler Ebene. Zahlreiche Besuchergruppen aus dem Ausland hatten in der Vergangenheit Anstoß am schlechten Zustand der Schilder und den falschen Hinweisen genommen.

ICE-Halt am Südkreuz bleibt

Bild: ©Robert Kovalev

Der Bahnhof Südkreuz ist für viele Menschen im Süden Berlins wichtiger Verkehrsknotenpunkt.

Von Carsten Buchholz, Bezirksverordneter

Bahnreisende im Berliner Süden können aufatmen. Die ICE-Züge nach München halten trotz längerer Bauarbeiten weiter am Bahnhof Südkreuz. Dafür hatte sich die lokale CDU stark gemacht.

Ursprünglich beabsichtigte die Bahn, den Bahnhof für drei Jahre von der ICE-Verbindung nach München abzukoppeln. Grund hierfür sind Baumaßnahmen, die im laufenden Betrieb durchgeführt werden sollen. Weil die Züge dann langsamer fahren, sollte die verlorene Zeit durch die Streichung des Stopps am Südkreuz wieder eingeholt werden. Für die CDU im Bezirk eine unhaltbare Begründung und eine deutliche Verschlechterung für die Menschen im Süden Berlins: „Natürlich begrüßen wir die Anstrengungen der Bahn, das Zugsicherungssystem zu optimieren. Trotzdem darf der Bahnhof wegen einer Zeitersparnis von wenigen Minuten nicht über Jahre vom Fernverkehr abgekoppelt werden", so die verkehrspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Lisa-Cathrin Winter. „Der Bahnhof Südkreuz ist ein wichtiger Baustein für die dezentrale Fernbahnanbindung Berlins und Anlaufpunkt für den gesamten Berliner Südwesten. Dieses Vorhaben hätte hunderttausende Bahnkunden zu einem Umweg über den Hauptbahnhof gezwungen", ergänzt Daniel Dittmar, Fraktionsvorsitzender der CDU Tempelhof-Schöneberg. Auf Antrag der CDU-Fraktion hatte die BVV im Januar das Bezirksamt aufgefordert, umgehend Gespräche mit der Bahn zu führen. Der Druck scheint gewirkt zu haben, denn nun wurde angekündigt, dass die meisten Züge auch weiterhin am Südkreuz halten werden.

Winter und Dittmar, die Initiatoren des erfolgreichen Antrags, zeigen sich zufrieden: „Rund um den Bahnhof Südkreuz sind in den letzten Jahren viele Menschen zugezogen, die auf eine gute Zuganbindung angewiesen sind. Für sie und alle anderen, die den Bahnhof für eine Fahrt mit dem ICE nutzen, wäre ein jahreslanges Durchfahren der Züge ein echter Rückschritt". Das Gebiet um den Bahnhof Südkreuz entwickelt sich seit Jahren dynamisch, mit der Schöneberger Linse entsteht ein neues Stadtquartier. In CDU-Kreisen richtet man daher den Blick auf die Notwendigkeit weiterer Schritte zur Verbesserung des Bahnhofs: „Die Pläne für ein Radparkhaus stocken, beim Errichten einer öffentlichen Toilette auf dem westlichen Bahnhofsvorplatz gibt es keine Fortschritte und unter der Bahnbrücke in der Wilhelm-Kabus-Straße kommt es ständig zu Konflikten zwischen Fußgängern und Radfahrern. Hier braucht es Lösungen", so Dr. Anchalee Rüland und Marcus Schneider vom lokalen Ortsverband CDU Kleistpark.

Bezirk

Interview mit Tobias Dollase

Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur in Tempelhof-Schöneberg

Besetzung offener Stellen hat Priorität

Bild: ©Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Von Reinickendorf nach Tempelhof-Schöneberg – Tobias Dollase (parteilos, für die CDU) wechselte nach der Wahl im vergangenen Jahr als Bezirksstadtrat vom Norden in den Süden. Der gebürtige Niedersachse (48) ist verantwortlich für die Fachbereiche Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur.

Was hat Sie veranlasst, nach Tempelhof-Schöneberg zu wechseln?

Ich bin von den Christdemokraten gefragt worden, ob ich Lust auf eine neue Herausforderung habe. Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur. Das passt, alles Themen, die mich interessieren. Die größte Herausforderung ist allerdings die personelle Situation. Das wusste ich, und das reizte mich. Ich bin ehrgeizig und setze mir gerne Ziele. Aufgrund der Vakanzen ist das Schulamt nicht so funktionsfähig, wie es sein sollte. Die Kolleginnen und Kollegen im Schulamt sind längst an ihren Leistungsgrenzen angekommen. Auch die Schulleitungen brauchen zuverlässige Ansprechpartner. Aber wir sind hier auf einem guten Weg und sind gerade dabei, die Leitung Schul- und Sportamt wieder zu besetzen. Darüber hinaus konnten wir bereits im Amt für Weiterbildung und Kultur die Stelle der Leitung der Volkshochschule neu besetzen.

Was hat für Sie im Zusammenhang mit den Schulen Priorität?

Persönlicher Kontakt und Transparenz sind für mich wichtig, ich will mit allen Schulen ins Gespräch kommen. Von zentraler Bedeutung ist natürlich, ausreichend Schulplätze zur Verfügung zu stellen, das muss abgesichert sein. Auch die Verkehrserziehung von Schülerinnen und Schülern liegt mir sehr am Herzen, die Jugendverkehrsschulen leisten hier beispielsweise eine sehr wichtige und gute Arbeit. Außerdem muss die Digitalisierung der Schulen weiter vorangetrieben werden.

Sie sind selber Leistungssportler gewesen und trainieren heute eine Leichtathletikgruppe. Was planen Sie im Bereich Sport?

Mein Ziel ist es, im Bezirk Tempelhof-Schöneberg ein breites Sportangebot machen zu können. Sport ist der soziale Kitt der Gesellschaft. Dafür sind funktionierende Sportanlagen wichtig. Die Sanierung und den Neubau von Sportanlagen, insbesondere Sporthallen, müssen wir verstärken. Eine Grundlage hierfür stellt die integrierte kommunale Sportentwicklungsplanung dar, die für den Bezirk inzwischen beschlossen wurde. Zwei weitere Punkte: Ich möchte Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen stärken. Und: Das Ehrenamt gehört unterstützt.

Was sind die größten Schwierigkeiten der Sportvereine in Tempelhof-Schöneberg und was tun Sie dagegen?

Das Hauptproblem ist, dass es zu wenig Sportflächen im Bezirk gibt und für Neubauten wenig Geld da ist. Allerdings sind umfangreiche Sanierungen geplant. Im Rahmen des Sportanlagensanierungsprogramms der Senatsverwaltung für Inneres und Sport soll beispielsweise zum nächsten Schuljahr die Sportanlage Wiesbadener Straße 80 im zweiten Bauabschnitt wiedereröffnet werden. Erneuert werden das Kunststoffrasengroßspielfeld, die Leichtathletikanlage und Trainingsbeleuchtung sowie die Beregnungsanlage und Ballfangzäune. Bis Ende März wollen wir auf dem Campus Teske in der Ella-Barowsky-Straße 61 den Kunstrasensportplatz fertigstellen. Ebenso wird derzeit der Kabinentrakt auf der Sportanlage Halker Zeile 151 erneuert. Die Sanierungsmaßnahme soll zum Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Und was passiert im Kulturbereich?

Das kulturelle Angebot in unserem Bezirk ist eindrucksvoll – angefangen bei wechselnden anspruchsvollen Ausstellungen, über die Stadtteilbibliotheken bis hin zur Alten Mälzerei in Lichtenrade. Das neue Kulturzentrum ist ein Juwel in Tempelhof-Schöneberg. Und das Konzept der Begegnungsstätte ist stimmig: Ein innovativer Betreiber stellt die Räumlichkeiten, und das Kulturamt des Bezirks füllt es mit Leben. Gefreut habe ich mich sehr, dass es trotz Corona gelungen ist, den diesjährigen Frauenmärz und eine Vielzahl an tollen Veranstaltungen von Frauen für Frauen nach zwei Jahren endlich wieder in Präsenz stattfinden zu lassen.

Meinungen aus dem Bezirk

Radspur kommt ohne Bürgerbeteiligung

Sorgen der Anwohner ignoriert

Der Mariendorfer Damm: Hier soll eine Radverkehrsanlage entstehen.

Bild: © Alexander Schie

Von Alexander Schie, Bezirksverordneter

Im Jahr 2017 wurde das sogenannte „Modellprojekt" für den Tempelhofer Damm beschlossen, welches die Einrichtung einer Radverkehrsanlage vorsieht. Ende 2018 fand dann die erste Auftaktveranstaltung statt, der mehrere Veranstaltungen folgen sollten. In diesen Werkstattgesprächen wurde jedoch schnell deutlich, dass in diesem Bürgerbeteiligungsverfahren den berechtigten Sorgen der Anwohner und der Gewerbetreibenden nicht in adäquater Art und Weise Rechnung getragen wird.

Der Umbau des Tempelhofer Damms nach Vorstellungen der rot-grünen Zählgemeinschaft mit dem Rückbau der Parkplätze und einer überbreiten Radspur war von Anfang an beschlossene Sache. Und nicht nur das. Man gab vor, es handele sich um einen „Verkehrsversuch", sozusagen einen Testlauf mit offenem Ausgang. Davon war dann jedoch plötzlich nichts mehr zu hören und in einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurde die provisorische Radspur angelegt.

Am Mariendorfer Damm droht nun ein ähnliches Szenario. Es wurden in den vergangenen Monaten Gerüchte über Planungen zur Verlängerung der Radspur in Richtung Süden bis Alt-Mariendorf laut. Diese Gerüchte wurden nun just im Verkehrsausschuss am 10. März 2022 von der zuständigen Stadträtin Frau Ellenbeck (Grüne) bestätigt. Bürgerbeteiligung? Fehlanzeige. Die Bürgerinnen und Bürger werden hier wieder vor vollendete Tatsachen gestellt. Das machte die Verkehrsstadträtin auf Nachfrage im Ausschuss auch deutlich. Die Planungen stehen.

Das ist nicht die Auffassung der CDU Tempelhof-Schöneberg von Bürgerbeteiligung und Bürgernähe. Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion in der BVV zur Sitzung am 16. März einen Antrag eingebracht, in dem ein adäquates Bürgerbeteiligungsverfahren für den Radweg am Mariendorfer Damm gefordert wird. Wir erwarten von der grün-roten Zählgemeinschaft und der zuständigen Stadträtin, dass die Anliegen der Anwohner und Gewerbetreibenden bei den Planungen Berücksichtigung finden.

Micro-Hubs – Viel Lärm um nicht viel

Von Frank Luhmann, Sprecher der Mittelstandsunion Tempelhof-Schöneberg

Bild: ©Frank Luhmann

Eines der Vorzeigeprojekte der grün-roten Zählgemeinschaft in Tempelhof-Schöneberg sollte das „Micro-Hub" nahe des S-Bahnhofs Tempelhof werden. Aufgrund von mangelnder Nachfrage droht dem Projekt das Scheitern. Trotzdem halten Grüne und SPD daran fest und treiben die Planung für weitere Standorte im Bezirk voran.

Die Idee klingt einfach, die ansässigen Geschäftsleute und Anwohner am Te-Damm sollen ihre Waren und Pakete nicht mehr über den konventionellen Weg , Kleintransporter bzw. Lkw, erhalten.

Die Waren werden von den Lieferwagen zum Micro- Hub transportiert und dort zwischengelagert. Von dort aus werden diese mit Hilfe von E-Lastenrädern zu den Händlern bzw. Verbrauchern geliefert.

Ziel ist es, den Verkehr am Tempelhofer Damm deutlich zu reduzieren, Lärmemissionen zu minimieren und CO2 –Emissionen einzusparen. Das Parken in zweiter Reihe durch den Lieferverkehr soll reduziert werden.

Der Erfolg ist bislang mäßig, lediglich vier Kleinunternehmen beteiligen sich bislang am Versuchsprojekt Micro-Hub –Tempelhof.

Kein großer Paketdienst erachtet dieses Projekt für praktikabel genug, um das Micro-Hub anzusteuern. Die Lagerkapazitäten des Hubs sowie der Lastenräder sind viel zu klein – zumal die meisten großen Paketzusteller bereits südlich von Berlin ihre eigenen Paketverteilzentren errichtet haben und gar kein Bedarf für ein weiteres besteht. Die Lastenräder können mit den immer kürzer werdenden Lieferintervallen kaum Schritt halten.

Was der Tempelhofer Damm endlich benötigt, sind Lieferzonen für Kleintransporter, gerne auch mit umweltfreundlichen Antrieben, um den Lieferverkehr zu entzerren. Diese wurden von der damaligen Grünen Stadträtin Christiane Heiß schon vor über einem Jahr versprochen. Getan hat sich bis heute nichts. Stattdessen werden weitere Micro-Hubs geplant, obwohl man weiß, dass sie sich trotz des enormen Anstiegs des Versandhandels nicht rentieren. Aus der Weltmetropole Berlin soll Bullerbü werden.

Wenckebachkrankenhaus vor dem Aus

Schließungspläne für das Wenckebachkrankenhaus (WBK) von Vivantes gab es in den letzten Jahrzehnten immer wieder. Doch noch nie war das Aus so nah wie heute. Erste Bereiche sind schon in das Schöneberger Auguste-Viktoria-Klinikum umgezogen. Der Umzug von Rettungsstelle, Intensivstation, Chirurgie, Innerer Medizin und Kardiologie soll im Sommer folgen.

Widerstand dagegen kommt unter anderem von einer von Beschäftigten und Anwohnerschaft getragenen Initiative zur Rettung des WBK, die schon beim alten Senat auf wenig Gehör stieß. Auch der jetzige Senat schweigt und weigert sich, zu den Schließungsplänen Stellung zu beziehen. Leider nahm trotz Einladung kein Senatsvertreter an einer Digital-Veranstaltung am 18. März teil. Obwohl

Vivantes dem Land Berlin gehört und es somit als alleiniger Gesellschafter die Richtung vorgeben könnte, verwies der Senat in der Beantwortung meiner parlamentarischen Anfrage, dass geprüft werde, ob der in wenigen Monaten bevorstehende Umzug genehmigungsfähig sei.

Hintergrund der Schließungspläne sind der marode Zustand und die nicht mehr zeitgemäße Gebäudestruktur. Das Land Berlin investiert seit vielen Jahren deutlich zu wenig Geld in die Krankenhausinfrastruktur, so dass Mittel für eine umfangreiche Sanierung fehlen. Denn auch im aktuellen Haushaltsentwurf sind die Krankenhäuser dramatisch unterfinanziert. Hier wollen wir als CDU in den Haushaltsberatungen eine deutliche Aufstockung erreichen, um auch eine Tür für den Erhalt des Wenckebachs als Krankenhausstandort aufzustoßen. Daher unterstützt die CDU das Anliegen der Bürgerinitiative, den Umzug zu stoppen, damit dieser keine Fakten schafft und alle Optionen noch offen diskutiert werden können. Derzeit wird eine Bedarfsanalyse erstellt. Diese zeigt hoffentlich Lösungswege für den Standort auf.

Christian Zander MdA

Elterngeld auch für Pflegeeltern

Wieso bekommen Pflegeeltern kein Elterngeld? Diese Frage stellen sich vermutlich nicht nur Pflegeeltern. Und viele Menschen entscheiden sich sogar gegen die Aufnahme eines Pflegekindes, weil sie finanzielle Nachteile befürchten. Der landesweite Mangel an Pflegeeltern wird zunehmend zum Problem. Dabei könnte eine Lösung helfen: Eltern und Pflegeeltern sollten beim Elterngeld gleichgestellt sein. Dafür kämpfe ich als familienpolitischer Sprecher der CDU im Abgeordnetenhaus gemeinsam mit meiner Kollegin Katharina Günter-Wünsch.

Das Elterngeld gleicht fehlendes Erwerbseinkommen nach der Geburt eines Kindes und sichert so die Existenz von Familien, die vorübergehend beruflich kürzer treten und sich um ihren Nachwuchs zu kümmern. Es trägt wesentlich zur Stärkung der Familien bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf teil. Nicht zuletzt hat es auch dazu geführt, dass immer mehr Väter in Elternzeit gehen.

Familien, die ein Kind zur Pflege bei sich aufnehmen und in unbefristeter Pflege betreuen, haben bisher jedoch keinen Anspruch auf Elterngeld, sondern lediglich auf das Pflegegeld. Nehmen sie sich beruflich eine Auszeit oder arbeiten Teilzeit, um sich um das Pflegekind zu kümmern, erhalten sie keinen angemessenen finanziellen Ausgleich. Das Pflegegeld kann jedoch mehrere hundert Euro weniger betragen als das Elterngeld.

Wir finden: Auch Pflegeeltern sollten vom Elterngeld profitieren. Daher haben wir einen Antrag ins Abgeordnetenhaus eingebracht. Darin fordern wir die Berliner Landesregierung auf, sich über den Bundesrat dafür einzusetzen, dass zukünftig auch Eltern von Pflegekindern, die in Dauerpflege betreut werden, einen Anspruch auf Elterngeld haben. Und wir möchten bis zu einer bundeseinheitlichen Regelung,

Roman Simon mit Katharina Günther-Wünsch

dass der Senat ein Modellprojekt auf den Weg bringt, in dessen Rahmen alle Berliner Pflegeeltern, die ein Pflegekind in unbefristeter Pflege aufnehmen, im ersten Aufnahmejahr eines Kindes eine elterngeldähnliche Sonderleistung erhalten, um auf diese Weise wegfallende Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit zugunsten der Betreuung und Erziehung des Kindes auszugleichen.

Roman Simon MdA

Europa

Industrie auf Nachhaltigkeit umstellen

Die profine GmbH in Marienfelde macht es vor

Bilder: © Felix Schönebeck

Recycling, Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz - diese drei Begriffe bekommen, gerade mit Blick auf den Krieg in der Ukraine und die stark steigenden Energie- und Rohstoffpreise, immer stärkere Bedeutung. Auch das Europäische Parlament beschäftigt sich im Rahmen des Green Deals mit der Frage, wie die endlichen Ressourcen effizienter und häufiger genutzt werden können.

Ganz konkret konnte sich die Europaabgeordnete Hildegard Bentele gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak über

Im Gespräch mit profin-Geschäftsführer Christian Amling

die Auswirkungen europäischer Gesetzgebung im Bereich des Recyclings bei der Firma profine GmbH in Marienfelde informieren. Das Unternehmen ist einer der weltweit führenden Hersteller von Profilen für Türen und Fenster aus PVC.

Bentele zeigt sich nach der Besichtigung von der Arbeit des Unternehmens begeistert: „profine ist ein Gewinn für unseren Bezirk. Das Unternehmen gehört mit 3000 Mitarbeiter und einem Umsatz von über 900 Millionen Euro im Jahr zu der Spitze in diesem Bereich. Am Standort sind 500 Mitarbeiter tätig. Und profine setzt dabei auch auf Nachhaltigkeit bei der Herstellung der Fenster- und Türelemente durch Recycling und Kreislaufwirtschaft".

So sind allein in Deutschland rund 240 Mio. Fenster mit PVC-Rahmen verbaut. Ein Großteil davon dürfte in den nächsten Jahren im Zuge von energetischen Sanierungen ausgetauscht und ersetzt werden. Problematisch sind diese Altfenster vor allem dadurch, dass sie geringe Mengen an Blei enthalten. Seit 2007 sind solche Schwermetalle und die Nutzung in der sog. „REACH-Verordnung" der Europäischen Union aufgrund der Gesundheitsgefahren zurecht streng reglementiert und überwacht. Wie so häufig haben aber gut gemeinte Verbote unerwünschte Nebenwirkungen. So behindern die Bleigehalte nun die erwünschte Wiederverwertung gebrauchter PVC-Bauteile in der Industrie.

Zur Lösung dieses Konflikts hatte die EU-Kommission Ende 2019 einen Vorschlag an Rat und Parlament unterbreitet, die Grenzwerte von Blei in recyceltem PVC auf 2% bei Weich-PVC und 1% bei Hart-PVC festzuschreiben und damit eine Ausnahme von der geltenden Verordnung festzuschreiben. Eine rot-rot-grün-liberale Mehrheit hatte Anfang 2020 diesen auf Untersuchungen der European Chemicals Agency ECHA beruhenden und wissenschaftlich gestützten Vorschlag zurückgewiesen. Das hat zur Folge, dass nun solche PVC-Reste aus Altfenstern statt recycelt zu werden, verbrannt werden müssen.

Das kann Bentele nicht gutheißen: „Wir als EVP-Fraktion haben uns damals für den Kommissionsvorschlag ausgesprochen, da Recycling die bessere und klimaschonendere Option im Vergleich zur Verbrennung ist. Dazu kommt, dass bei Wegfall dieses Wertstoffes Stoffkreisläufe nicht geschlossen werden können!". Unternehmen wie profine integrieren in ihre Produkte einen Rezyklatanteil von 25 Prozent. Ein Fenster mit Rezyklatanteil verbraucht 90% weniger CO_2-Emissionen bei der Herstellung als ein komplett aus Neumaterialien hergestelltes Fenster.

Die EU-Kommission muss jetzt einen neuen Vorschlag vorlegen, über den die Mitgliedstaaten in den kommenden Monaten erneut beraten und

das Europäische Parlament erneut abstimmen wird. „Das Vor-Ort-Gespräch mit dem Geschäftsführer der Produktion und dem Vertreter des Branchenverbands VinylPlus war sehr hilfreich für die anstehenden Entscheidungen in Brüssel", so Bentele weiter.

Und auch bei diesem Termin war der von Putin entfachte Krieg in der Ukraine leider Thema: der in der Ostukraine gelegene Produktionsstandort Zaporizhzhia mit 100 Mitarbeitern musste kriegsbedingt geschlossen werden. Über die Stiftung des Unternehmens wurden schon 150 000 Euro gespendet und Hilfsgüter mit firmeneigenen LKW vor Ort gebracht.

Arne Schmidt

FÜR SIE VOR ORT

CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
Kreisgeschäftsführerin: Heike Brunner
Telefon: 030 751 33 88 | info@cdu-ts.de
www.cdu-ts.de

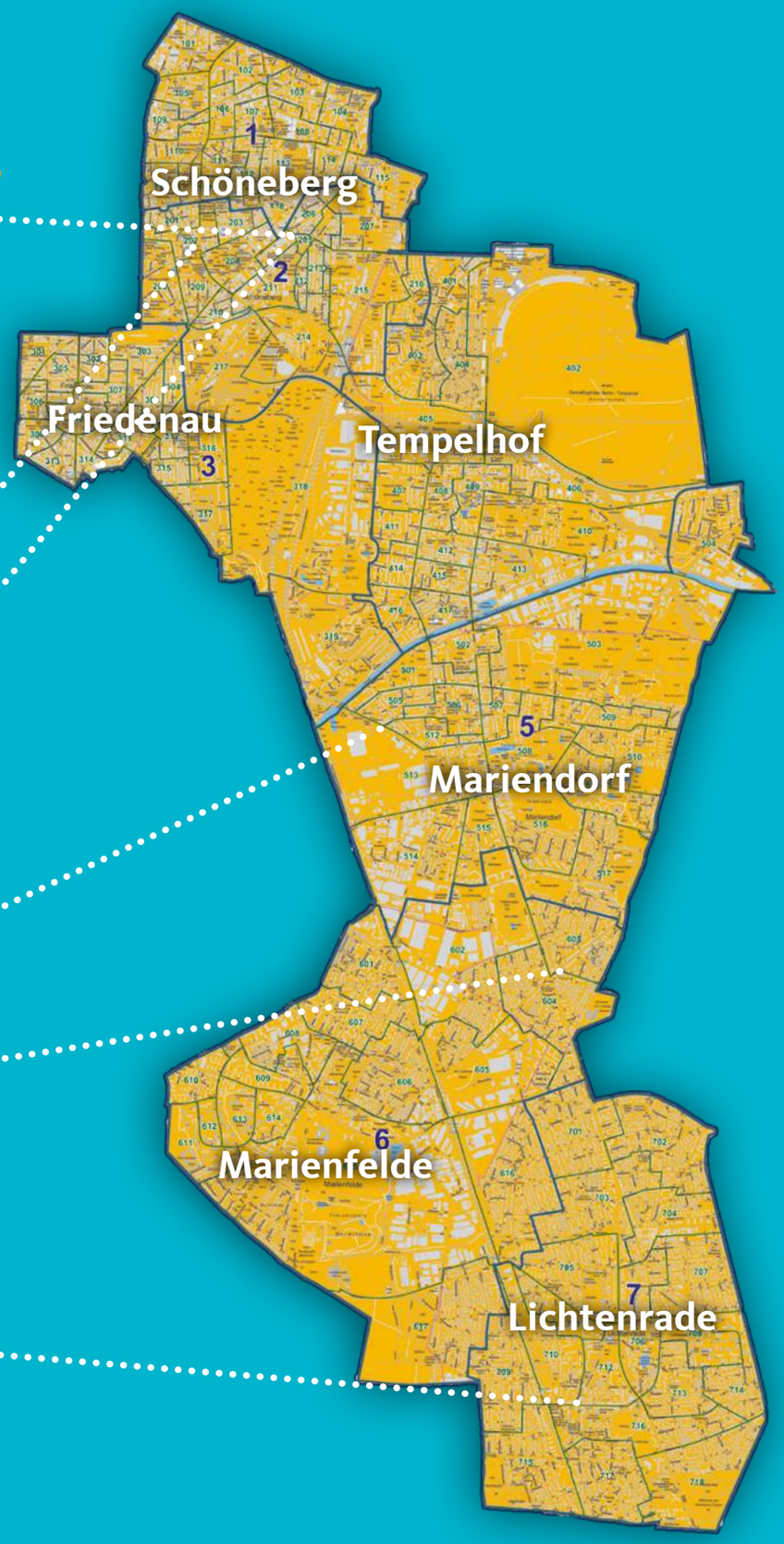
CDU-FRAKTION TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
Rathaus Schöneberg, Raum 3054
John-F.-Kennedy-Platz | 10820 Berlin
Telefon: 030 784 83 96 | info@cdu-fraktion-ts.de
www.cdu-fraktion-ts.de

BÜRGERBÜRO DR. JAN-MARCO LUCZAK MDB
Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
Telefon: 030 757 04 264
jan-marco.luczak@bundestag.de
www.luczak-berlin.de

BÜRGERBÜRO ROMAN SIMON MDA
Kaiserstraße 144 | 12105 Berlin
Telefon: 030 74 00 1591
info@romansimon.de
www.romansimon.de

BÜRGERBÜRO SCOTT KÖRBER MDA
Tauernallee 4 | 12107 Berlin
Telefon: 030 74 00 1590
kontakt@scottkoerber.de
www.scottkoerber.de

BÜRGERBÜRO CHRISTIAN ZANDER MDA
Bahnhofstraße 48 | 12305 Berlin
Telefon: 030 522 831 84
info@christian-zander.de
www.christian-zander.de



blickpunkt TS IMPRESSUM/BILDHINWEISE
HERAUSGEBER: CDU Tempelhof-Schöneberg, Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
info@cdu-ts.de | www.cdu-ts.de | V.i.S.d.P.: Dr. Jan-Marco Luczak MdB
REDAKTIONSSCHLUSS: 31. März 2022
REDAKTION: Chefredakteur: Johannes Rudschies | redaktion.blickpunkt-ts@cdu-ts.de
LEKTORAT: Denis McGee | SATZ/LAYOUT: André Laurman-Urbanski | DRUCKEREI: H. Heenemann
ALLGEMEINER HINWEIS: Die Redaktion ist Inhaberin der Bildrechte, falls keine gesonderten Urheber- oder Quellenverweise benannt sind. Bildverwertungen sind nur mit Genehmigung und Quellenangabe zulässig.